

Beschlüsse zum Thema Bildung

Beschluss des Landeshauptausschusses am 6. Juli 2002 in Karlsruhe

Wahlfreiheit bei der Grundschulfremdsprache

Das intensive Engagement von Eltern in der „Rheinschiene“ macht deutlich, dass das federführende Kultusministerium an den Interessen großer Teile der Eltern und Lehrer vorbei, eine sprachliche Zwangsgrenze durch das Land ziehen will.

Die FDP fordert ihre Landtagsfraktion daher auf, darauf hinzuwirken, dass die Schulbezirke für Grund- und Hauptschulen aufgehoben werden; Schulen und Schulträgern gemeinsam die Freiheit der Wahl der Grundschulfremdsprache eingeräumt wird, sofern ein kompatibler Anschluss in allen Zweigen der weiterführenden Schulen in einer kostenneutralen Lösung gewährleistet werden kann.

Karlsruhe, den 6. Juli 2002

Beschluss des Landeshauptausschusses am 6. Juli 2002 in Karlsruhe

Weiterentwicklung der Hauptschulen

Die Freien Demokraten Baden-Württembergs bitten ihre Landtagsfraktion, auf der Grundlage des Landtagswahlprogramms und der Koalitionsvereinbarung bessere Voraussetzungen für die Weiterentwicklung der Hauptschulen zu schaffen.

Der wichtigste Schritt ist die Ausweitung des Gestaltungsspielraums der einzelnen Schule und die Stärkung ihrer Selbstverantwortung. Das liberale Aktionsprogramm enthält außerdem folgende Ziele und Maßnahmen:

1. Reformvorhaben

Kontingenzstundentafeln und neue Fächerverbünde, die traditionelle Fächer zusammenfassen, entsprechen den Intentionen der FDP zur Stärkung der Eigenständigkeit der Schulen; dasselbe gilt für das Aufbrechen starrer Zeitstrukturen. Für die Erhöhung der Wirksamkeit von Unterricht sind neu zu definierende Kerncurricula und Bildungsstandards der richtige Weg. Die vorgesehenen Diagnosearbeiten (Klassen 6, 8, 9, 10) werden als Instrument der externen Evaluation der Schulen begrüßt. Die transparente Qualitätssicherung stellt hohe Anforderungen an die Schulen und die Schulverwaltung. Die Mitwirkung der Eltern, der Schüler und der Schulträger ist ein wesentlicher Bestandteil eines gelingenden Reformprozesses.

2. Veränderter Unterricht

Im Vordergrund des neuen Hauptschulunterrichts muss die Sicherung von Grundkenntnissen in Deutsch, Mathematik und Englisch stehen, denn hier sind die Lücken am größten. Anknüpfung an Sachthemen und anwendungsbezogene Inhalte sind ebenso selbstverständlich wie gezieltes Üben im Kurssystem (z.B. „Büffelkurse“ in Deutsch und Mathematik). Der Umgang mit dem Computer muss bereits ab der fünften Klasse intensiv geübt werden, damit der PC in den höheren Klassen in allen Unterrichtsbereichen eingesetzt werden kann. Künstlerische und musische Bildung haben für die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen eine große Bedeutung. Zu ihrer Stärkung ist eine enge Kooperation mit Vereinen, Jugendmusikschulen und freien Trägern in der Jugendarbeit anzustreben.

3. Berufsorientierung

Die Hauptschulen sollen genügend Spielraum haben, um die guten Ansätze in Kooperation und Partnerschaft mit Handwerk, Handel und Industrie weiterzuentwickeln. Berufsorientierung kann heute als fester Anteil der Allgemeinbildung verstanden werden. Die berufliche

Lebenswirklichkeit soll durch handlungsorientierte Projekte (z.B. Projekt „Praxiszug“: ein Tag/Woche im Betrieb) erlebbar gemacht werden, um die Berufsausbildungsreife für alle Schülergruppen zu sichern. Dabei sollen auch Praktika, die in den Ferien und an Samstagen stattfinden, attestiert werden.

4. Ganztagesangebote

Die FDP hat im Landtagswahlprogramm einen verbindlichen Stufenplan für die Einrichtung von Ganztagesangeboten verlangt und in der Regierung durchgesetzt. Dies gilt insbesondere für diejenigen Hauptschulen, die zusammen mit dem Schulträger ein eigenes Konzept vorlegen. Inzwischen ist eine deutliche Zunahme der Ganztagesangebote erfolgt, wobei alle Anträge (derzeit 120) genehmigt wurden. Nach dem Willen der FDP soll das Programm kontinuierlich ausgebaut werden.

5. Sozialpädagogische Begleitung

Die FDP hat einen Ausbau und eine Verstärkung der Schulsozialarbeit erreicht. Sie setzt sich für den weiteren Ausbau der Schulsozialarbeit ein, um dem großen Bedarf auch unabhängig von Ganztagesangeboten Rechnung zu tragen.

6. Lehrerberuf attraktiver machen

Mit den zuvor beschriebenen Maßnahmen werden die Hauptschulen und damit auch der Lehrerberuf an Hauptschulen wieder attraktiver. Darüber hinaus müssen die Rahmenbedingungen für die Tätigkeit an Hauptschulen auch bei der Besoldung verbessert werden. Vorgeschlagen wird die Einführung eines Beförderungsweges für 1000 Hauptschullehrer bis zum Ende der Legislaturperiode 2006. Da von vielen Studentinnen und Studenten des GHS-Lehramts die Arbeit an der Hauptschule als unattraktiv eingeschätzt wird, ist die Gewinnung eines qualifizierten Nachwuchses, vor allem in den naturwissenschaftlichen Fächern, derzeit nicht mehr gesichert.

7. Unterrichtsversorgung und Klassengröße

Die durchschnittliche Klassengröße unter 21 Schülern ist günstig und zu erhalten. Zu hohe Schülerzahlen machen das tägliche Lernen ineffektiv, auf individuelle Schwächen wie z.B. mangelnde Sprachbeherrschung ausländischer Schüler können die Lehrer nicht intensiv genug eingehen. Unabhängig von günstigen Klassengrößen braucht jede Schule flexiblen Gestaltungsspielraum für organisatorische, inhaltliche und pädagogische Maßnahmen. Die oft diskutierte Problematik zu großer Klassen an einzelnen Hauptschulen bedarf baldiger flexibler Lösungen bis hin zu Klassenteilungen. Die Möglichkeit eines effizienteren Einsatzes der insgesamt vorhandenen personellen Ressourcen ist dringend zu prüfen. Hierbei dürfen auch strukturelle Veränderungen nicht von vornherein ausgeschlossen werden.

8. Bedarfsgerechte Ausstattung

In den Schulbaurichtlinien und in Vereinbarungen des Landes mit den kommunalen Spitzenverbänden zu den Sachkostenbeiträgen ist dafür zu sorgen, dass Defizite bei der Ausstattung an Fachräumen und Geräten - gemessen an den Anforderungen des Bildungsplans - beseitigt werden.

Karlsruhe, den 6. Juli 2002